REZENSIONEN

DOI: 10.1007/s00350-015-4107-y

§ 630f BGB – die Dokumentation der Behandlung.**Von Frederik Fiekas. (Marburger Schriften zum Gesundheitswesen, Bd. 25). Verlag Nomos, Baden-Baden 2015, 241 S., kart., €64,00**

Noch vor einigen Jahrzehnten wäre eine Dissertationsschrift zur ärztlichen Behandlungsdokumentation sicherlich kurz und knapp ausgefallen, denn dieser Themenkomplex hätte aus juristischer Sicht lediglich weniger Klarstellungen und Hinweise bedurft. Die Schwerpunkte waren in diesem Sinne eher in der medizinischen, nicht jedoch in der juristisch korrekten Dokumentation zu suchen. Die Dokumentation galt schlicht als „Gedankenstütze des Arztes“. Eine auch die Interessen der Patienten wahrende Rechtsordnung eröffnet indes ein Konfliktpotential zwischen Arzt, Patient und ggf. Angehörigen des Patienten, das sich bei gegenläufigen Interessen und Sichtweisen im Streitfall entladen kann. Die rechtliche Bedeutung ärztlicher Dokumentationen ist deswegen in den letzten Jahren erheblich durch die Vorgaben der Rechtsprechung gesteigert worden. So hat der BGH die ärztliche Dokumentation einer Behandlung zu einer vertraglichen Nebenpflicht aus dem Behandlungsvertrag erhoben und ihr damit (rechts-)praktische Bedeutung verliehen. Das hier zu besprechende Werk von *Fiekas* greift den jüngsten Schritt in der juristischen Durchdringung der Behandlungsdokumentation auf und liefert eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den durch das „Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten („Patientenrechtegesetz“)“ vom 20.2.2013 neu geschaffenen gesetzlichen Bestimmungen zur ärztlichen Dokumentationspflicht in § 630f BGB.

In der Ausführlichkeit, in der die Mitte 2014 eingereichte Dissertationsschrift den neu geschaffenen § 630f BGB beleuchtet, kann sie sicherlich mit Recht eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch nehmen. Aus Sicht des mit dem Medizinrecht beschäftigten Praktikers nimmt die „rechtsdogmatische Einordnung der Dokumentationspflicht des Behandlers“ dabei indes ein zu großes Gewicht ein, was den Blick auf die nach wie vor mannigfaltig bestehenden tatsächlichen Problemlagen der ärztlichen Dokumentation ein wenig verklärt. In seiner Zusammenfassung der wesentlichen Thesen seiner Arbeit gelangt *Fiekas* dementsprechend zu dem Ergebnis, dass durch Inkrafttreten des § 630f BGB „alle Unklarheiten hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen der Dokumentationspflicht“ endgültig beseitigt werden konnten: Hier fragt sich aus Praktikersicht bereits, welche relevanten „Unklarheiten“ bezogen auf die rechtlichen Grundlagen der Dokumentation vor Inkrafttreten des § 630f BGB überhaupt bestanden haben? Zugegeben, die Dokumentationspflicht war (allein) aus vertragsrechtlich zivilistischer Sicht nicht gesetzlich kodifiziert, sondern maßgeblich durch umfangreiche Rechtsprechung konkretisiert worden. Rein rechtsdogmatisch wurde die Behandlungspflicht dabei als „vertragliche Nebenpflicht“ aus dem Behandlungsvertrag qualifiziert. Ihre „rechtlichen“ Grundlagen waren in diesem Sinne nicht unklar. Wer nun heute im Rahmen vertraglicher oder haftungsrechtlicher Auseinandersetzungen eine „Anspruchsgrundlage“ sucht, der greift auf § 630f BGB zurück und kann damit einen Paragraphen benennen. Ob hiermit indes tatsächlich „Unklarheiten“ in Bezug auf die rechtlichen Grundlagen beseitigt oder – wie es allgemein gesehen wird – lediglich die bereits durch die Rechtsprechung entwickelten rechtlichen Grundlagen festgeschrieben wurden, bleibt fraglich. Fest steht jedoch – und dies arbeitet *Fiekas* zutreffend und lesenswert heraus: auch nach Kodifikation der rechtlichen Grundlagen der Behandlungspflichten bleibt ihre nähere Ausgestaltung weiterhin „unklar“ und „unsicher“. Der hierzu erarbeitete Abschnitt „Anforderungen an die Dokumentation“ im Werk gibt einen umfangreichen Überblick über die zur Behandlungsdokumentation erschienene Rechtsprechung und Literatur. Auch wenn die umfassenden Darstellungen von *Kazemi/Leopold* im Heidelberger Kommentar Arzt-, Krankenhaus- und Medizinrecht leider gänzlich unerwähnt bleiben, lohnt sich der Rückgriff auf diesen Abschnitt

auch für den Praktiker. Die weiteren Darstellungen zum „dogmatischen Charakter der Dokumentationspflichten“ sind ebenso lesenswert, wenn auch in der Praxis von eher untergeordneter Bedeutung. Insgesamt hat *Fiekas* einen beachtlichen Beitrag in der Aufarbeitung des Themenkomplexes der „ärztlichen Dokumentation“ geleistet und bietet hilfreiche Ansätze für einen Umgang mit den in diesem Zusammenhang zu beachtenden Verpflichtungen sowie dem neuen § 630f BGB an sich.

Betäubungsmittelstrafrecht.**Von Klaus Malek. (NJW Praxis, Bd. 45). Verlag C.H. Beck, 4. Aufl. München 2015, XXXIII u. 392 S., kart., €69,00**

Sieben Jahre nach der Voraufgabe (dazu *Schmidt*, NJW 2008, 2011) legt *Malek* sein – man darf es getrost so einordnen – Standardwerk zum Betäubungsmittelstrafrecht in neubearbeiteter Fassung vor. Auch wenn die Rechtsprechung ruhigere Fahrwasser erreicht haben und der Gesetzgeber zurückhaltender geworden sein mag (Vorwort): Anlass für eine Aktualisierung besteht nach solcher Frist allemal. Und sie gelingt, üblichen Expansionstendenzen zum Trotz, ohne Ausdehnung des Umfangs.

Erhalten geblieben ist die bewährte Struktur des Werkes mit durchdachter Gliederung. Sie ermöglicht einerseits dem Neuling im Betäubungsmittelstrafrecht, sich systematisch in die komplexe Materie einzuarbeiten, andererseits dem „alten Hasen“, sich zielgerichtet über konkrete Einzelpunkte zu belezen. Unterstützt wird dies durch ein neues Sachregister, das durch Unterteilung in Ober- und Unterbegriffe übersichtlicher wirkt und leichter zu handhaben ist als das bisherige Stichwortverzeichnis.

Das anspruchsvolle Konzept, dem Praktiker einen raschen und in sich geschlossenen Überblick zu allen bedeutsamen Fragen des Betäubungsmittelrechts zu verschaffen, legt die Messlatte hoch. Um es vorweg zu nehmen: Auch die Neuaufgabe wird selbst solch gesteigerten Erwartungen gerecht, nicht zuletzt dank der reichen Erfahrung und profunden Fachkenntnis ihres Autors.

Im Detail finden sich die gebotenen Ergänzungen und Aktualisierungen, die auf Neuerungen in Gesetz und Rechtsprechung oder auf zunehmende tatsächliche Phänomene zurückgehen: Exemplarisch seien die Passagen zum unerlaubten Überlassen an Palliativpatienten (S. 116f.) und zu den sog. Neuen Psychoaktiven Substanzen, auch „Legal Highs“ (S. 19f.), angeführt. Hierzu kann *Malek* schon die grundlegende Entscheidung des EuGH (NStZ 2014, 461 = MedR 2015, 184) referieren, die eine Strafbarkeit nach dem AMG ausschließt. Der BGH hat das kurz darauf umgesetzt (NStZ-RR 2014, 312).

Zudem widmet sich das Werk aktuellen Entwicklungen rund um die Verständigung, die in Drogenstrafverfahren von großer Bedeutung ist. Beleuchtet werden der einschlägige § 257c StPO sowie das Grundsatzurteil des BVerfG (NJW 2013, 1058) und in der Folge ergangene Entscheidungen des BGH. *Malek* sieht die tatgerichtliche Praxis kritisch. In diesem Kontext wären Vertiefungen interessant, etwa was er in dem Spannungsverhältnis rät, dass einerseits Absprachen über Strafrahmenverschiebungen unzulässig sind (S. 381) und andererseits in der Praxis Verteidiger oft im vorgetragenen Interesse ihrer Mandanten darauf dringen, insbesondere bei Vorwürfen nach § 30a BtMG schon früh Klarheit über die Anwendung des Ausnahmestrafrahmens nach Abs. 3 dieser Vorschrift zu erlangen. Auch der BGH sieht dieses Problem und denkt über Lösungen nach (z.B. in NStZ 2013, 540).

Weder das Konzept noch der gesteckte Rahmen des Werkes erlauben es, auf jedes Detail einzugehen. Gleichwohl wäre hier und da eine differenziertere Erläuterung denkbar. Wenn etwa der Grenzwert für die nicht geringe Menge Metamphetamin unter Bezugnahme auf BGH, NJW 2009, 863 mit 5 g Metamphetaminbase